

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Postgebühr für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra.

63. Jahrgang

Leipzig, den 12. September 1925

Nummer 73

Zum Streit im Schriftgießereigewerbe

Die Tatsache, daß unsern Vertrauensleuten in fast allen Standorten des deutschen Schriftgießereigewerbes im Laufe des nunmehr schon zehn Wochen dauernden harten Kampfes der deutschen Schriftgießereiarbeiterschaft von maßgebenden Persönlichkeiten der einzelnen Geschäftsleitungen immer wieder teils direkt, teils indirekt zu verstehen gegeben wurde, daß sie gern zu einer Verständigung mit den Vertretern der Arbeiterschaft bereit wären, wenn sie nicht zu befürchten hätten, daß sie unter dem Druck besonderer vertragsrechtlicher Verpflichtungen gegenüber dem Verein Deutscher Schriftgießereibesitzer E. V. schweren materiellen Schädigungen durch Konventionalstrafen, Absakerschwerung und Materialspere in Zukunft ausgesetzt sein würden, hatte uns veranlaßt, schon mehrfach auf diese willkürlichen Bindungen der Entscheidungsfreiheit der Mitglieder dieses Vereins hinzuweisen. Wir taten das zuletzt in Nr. 71 auf Seite 562 im ersten Satz der zweiten Spalte mit folgenden Worten: „Schon heute hat die juristische vertragliche Abhängigkeit von der Despotie einiger weniger im Verein Deutscher Schriftgießereibesitzer dazu geführt, daß im gegenwärtigen Kampfe mit ‚Vereinbarungen‘ gearbeitet werden muß, die nur auf dem Papier stehen. Es hat sich daraus für einzelne Schriftgießereibesitzer eine ‚derartige‘ Zwangslage ergeben, daß man die Begriffe von ‚Treu und Glauben‘ geradezu in Verrat und Schwindel umtaufen müßte, um das zu kennzeichnen, was sich in diesem Kampfe schon herausgestellt hat.“ Zu dieser Feststellung veranlaßte uns in erster Linie ein Vorgang, der zu einem Abkommen in einer großen Stadt geführt hat, in dem schriftlich zwischen der betreffenden Geschäftsleitung und unsern Organisationsvertretern zunächst nur festgelegt wurde, daß die Arbeit wieder aufgenommen wird, und daß die Parteien sich lediglich zur Annahme des neuen Tarifabkommens, welches in der Folge zwischen den zentralen Schriftgießereinstanzen abgeschlossen wird, „verpflichtet“ haben. Dieses Abkommen jedoch nur formell, d. h. nötigenfalls zur schriftlichen und rechtlichen Sicherung des betreffenden Betriebsinhabers gegenüber dem Verein Deutscher Schriftgießereibesitzer E. V. bestimmt, der unzweideutig geltend machte, daß er ein solches Schriftstück brauche, um seinen Betrieb nicht der sicheren Vernichtung durch die in Frage kommende Unternehmerorganisation auszuliefern. Infolgedessen wurde neben diesem „Scheinabkommen“ noch ein anderes Abkommen getroffen, das den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft in weitgehendem Maße Rechnung trug und auch in Wirklichkeit erst zur Arbeitsaufnahme führte. Auch dieses Abkommen wurde teilweise schriftlich, teilweise mündlich im Vertrauen auf gegenseitiges Worthalten und Diskretion nach außen hin abgeschlossen. Wir haben den schriftlichen Wortlaut aller drei Abkommen in Händen. Wenn wir von dessen Veröffentlichung bisher Abstand genommen haben, so geschah und geschieht dies auch jetzt noch lediglich deshalb nicht, weil wir den betreffenden Schriftgießereibesitzern nicht der Vernichtung durch den Verein Deutscher Schriftgießereibesitzer E. V. ausliefern wollen. Daß diese Absicht seitens des letzteren besteht, bewiesen u. a. auch die letzten Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium, wo die Vertreter des Vereins Deutscher Schriftgießereibesitzer E. V. alle Hebel in Bewegung setzten, um hinter dieses Geheimnis zu kommen, jedoch ohne Erfolg. Zwar konnte es ihnen nicht mehr verborgen sein, daß der Teil des „Abkommens“, den sie über den strittigen Fall in Händen hatten, nur ein Scheinabkommen war, und daß die Wirklichkeit ganz anders aussah. Trotzdem waren sie aber so „ehelich“, dieses Scheinabkommen dann öffentlich als wirklichen Stand der Dinge zu mißbrauchen und versuchten damit die Streikenden zu beeinflussen, selbstverständlich ohne den geringsten Erfolg; denn die Letzteren waren schon vorher viel genauer im Bilde. Inzwischen war aber nun auch dieses Abkommen abgelaufen, da es nur bis Ende vorigen

Monats Geltung hatte; es konnte infolge der schon angedeuteten vertraglichen, aber zweifellos stark verschlechterten Abhängigkeitsverhältnisse der einzelnen Schriftgießereibesitzer von ihrer Organisation und dem zweifellos verstärkten Druck nach dieser Richtung auf den betreffenden Schriftgießereibesitzer nicht mehr verlängert werden. Der Streit flammte infolgedessen auch in diesem Betrieb wieder auf; er steht wieder festlos still.

Der Verein Deutscher Schriftgießereibesitzer E. V. hatte es also auf Grund seiner für die Öffentlichkeit streng geheim gehaltenen Fesselung seiner Mitglieder erreicht, daß der Kampf noch schärfer als vorher geworden ist. Aber er erlebte daran keine Freude. Die wenigen Streikbrecher, die sich bisher in ganz Deutschland gefunden haben, sind nicht in der Lage, die Reihen der Streikenden wankend zu machen, sie verschlechtern sogar die Situation der betreffenden Schriftgießereibesitzer, indem sie deren Firmen in den unvermeidlichen Ruf bringen, das Buchdruckgewerbe auf die Dauer mit Streikbrecherei zu befeuern! Zu welchen Konsequenzen das führen muß, haben sich die betreffenden Schriftgießereibesitzer wohl noch gar nicht ernstlich überlegt.

Oder sollte doch eine diesbezügliche Dämmerung im Anzug sein? Wir erhielten nämlich am 9. September folgendes Schreiben:

Verein Deutscher Schriftgießereien e. V., Leipzig
Geschäftsstelle: Dolzstraße 1 (Buchgewerbehau, Zimmer 35) — Fernsprecher 26110
Drahtanschrift: Gleichverein — Postfachkonto Nr. 53 200 Leipzig
Nr. 2086. Leipzig, den 8. September 1925.

An die
Schriftleitung des „Korrespondent für Deutschlands
Buchdrucker und Schriftgießer“,

Leipzig
Königsstraße 7.

In dem Aufsatz: „Zum Streit im Schriftgießereigewerbe“ in Nr. 71 des „Korrespondent“ vom 5. ds. Mts. ist auf Seite 2 (eingangs der Spalte 2) folgender Satz enthalten:

„Schon heute hat die juristische vertragliche Abhängigkeit der Schriftgießereibesitzer von der Despotie einiger weniger im Verein Deutscher Schriftgießereibesitzer dazu geführt, daß im gegenwärtigen Kampfe mit ‚Vereinbarungen‘ gearbeitet werden muß, die nur auf dem Papier stehen.“

Unter Hinweis auf die Bestimmungen des Prehaefektes richten wir das Ersuchen an Sie, in einer der nächsten Nummern des „Korrespondent“ eine Berichtigung des Inhalts zu bringen, daß im Verein Deutscher Schriftgießereien in der in Rede stehenden Angelegenheit weder ein solcher Vertrag, noch eine derartige Verpflichtung für seine Mitglieder besteht. Die Ursache des einmütigen Zusammenhaltens der Mitglieder unsres Vereins liegt lediglich in dem wohlverstandenen gemeinsamen Interesse.

Sachachtungswoll
Verein Deutscher Schriftgießereien e. V.
Die Geschäftsstelle:
F. Winter.

Obwohl es sonst nicht zu den angenehmen Aufsaßen redaktioneller Tätigkeit gehört, sich mit prehaefeklichen Berichtigungen herumzuschlagen zu müssen, so gestehen wir doch offen, daß uns vorstehende Berichtigung, obwohl sie formell in keiner Weise den prehaefeklichen Vorschriften entspricht, gar nicht unangenehm berührt hat. Denn ob das darin Berichtigte bezüglich der bisherigen Verhältnisse für die Schriftgießereibesitzer bis auf das bekannte Linsfeldchen den Tatsachen entspricht, lassen wir zunächst ganz dahingestellt. Alles bisher von Schriftgießereibesitzern in dieser Hinsicht persönlich Geäußerte lautete nämlich wesentlich anders. Die Hauptfrage ist, daß nach der jetzt vorliegenden Feststellung, daß

im Verein Deutscher Schriftgießereien weder ein Vertrag noch eine derartige Verpflichtung besteht, die die Mitglieder des Vereins unter andrer vertragliche Bedingungen als des einmütigen Zusammenhaltens stellen, zweifellos alle gegenseitigen Bedingungen, wie ehrenrührige Beschlüsse, Fälligkeit von Konventionalstrafen, Materialsperrung usw., selbst wenn sie bisher vertragsrechtliche Gültigkeit gehabt hätten, hinfällig geworden sind. Da nun nach unserer Auffassung wie auch eines großen Teils der Schriftgießereibesitzer die lange Dauer des Kampfes wie auch die Rücksicht auf die Streikbrecher gar nicht im wohlverstandenen gemeinsamen Interesse liegt, so glauben wir, daß mit dieser offiziellen Verneinung anderweitiger Verpflichtungen für die Schriftgießereibesitzer endlich der Zeitpunkt gekommen ist, der auch den Begriff des „einmütigen Zusammenhaltens“ auf eine andre Basis als der ängstlichen Unterwerfung unter wirtschafts- und arbeiterfeindliche Tendenzen einiger weniger Herrennaturen im Verein Deutscher Schriftgießereibesitzer stellen läßt.

Denn wenn nur das „einmütige Zusammenhalten“, also eine rein moralische Qualität, noch der einzige Grund dafür sein soll, daß keine Rücksichtslosigkeit auf Unternehmerseite eintreten könnte, dann wäre die erste Bedingung doch die, daß man sich nicht mehr auf die Hoffnung stützt, daß sich auf Arbeiterseite genügend Verräter finden mögen. So lange auf Arbeiterseite die von Unternehmerseite selbst genährte Ansicht vorhanden sein konnte, daß das Verhalten der Schriftgießereibesitzer in der Hauptsache durch vertragsrechtliche Bedrohungen seitens der Organisation bestimmt und nicht vom persönlichen Willen allein getragen sei, hatte der Abschluß geheimer Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern eine gewisse moralische Berechtigung. Denn Gewalt durch List zu überwinden, war noch zu allen Zeiten das moralische Recht des Schwächeren. Nachdem aber nun durch vorstehende Berichtigung öffentlich festgestellt wird, daß nur „einmütiges Zusammenhalten“ ohne jeden juristisch verlausulierten Hintergrund die Haltung der Schriftgießereibesitzer bedingt, sollte unter ehrlichen Männern kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß es unfair ist, wenn man auf die Unterwerfung der Gegenpartei durch Verräterei spekuliert. Mit Recht verachten beide Parteien Verräter aus ihren eigenen Reihen; aber Verräter und Streikbrecher aus Arbeiterkreisen scheinen einem Teil der Schriftgießereibesitzer willkommen zu sein, und wenn sie noch so viel kosten und das ganze Ansehen der betreffenden Firmen versauen! Das ist dem nichts andres als Moral mit doppeltem Boden.

Wir begrüßen daher die uns übermittelte Berichtigung des Vereins Deutscher Schriftgießereibesitzer als einen Beweis der eingetretenen Erkenntnis, daß keine andre Beschränkung der persönlichen Freiheit der Schriftgießereibesitzer organisationsseitig in Betracht kommen kann, als der einmütige Zusammenhalt im wohlverstandenen gemeinsamen Interesse. Da auf Arbeiterseite von jeher keine andre Tendenz maßgebend war und noch ist, außerdem aber in den ursprünglichen Differenzpunkten im Laufe des Kampfes bei den verschiedenen Verhandlungen oder Aussprachen zentraler Art schon wesentliche Annäherungen von beiden Seiten stattgefunden haben, so dürfte durch diese Berichtigung, wenn deren Worte tatsächlich einen Sinn haben sollten, auch die letzte Streitfrage betreffs der Streikbrecher in ein Stadium getreten sein, die deren Ausmerzung nicht mehr unumgänglich erscheinen läßt. Denn was man für sich selbst in Anspruch nimmt, darf man auch der Arbeiterschaft nicht streitig machen, und das ist die Ehre, die in der gegenseitigen Treue und Solidarität zum Ausdruck kommt. Verräter oder Streikbrecher sind ein fremdes Element auf diesem Gebiete. Sie dulden oder gar schützen, heißt sich auf gleiche Stufe mit ihnen stellen und vor allen Dingen aber das moralische Recht verwerfen, einmütigen Zusammenhalt als unantastbaren Träger eigener Charakterfestigkeit anerkannt zu sehen. Wir bedauern, daß der Kampf im Schriftgießereigewerbe in solche Tiefen sinken konnte. Die Arbeiterschaft ist jedoch nicht schuld daran; sie hat nur so lange auf eine Durchbrechung der Unternehmerfront Wert gelegt, als sie damit rechnen mußte, daß auf Unternehmerseite die Freiheit des Handelns durch unlaudere Mittel unterbunden war. Nachdem aber dies nun durch die Erklärung des Vereins Deutscher Schriftgießereibesitzer öffentlich und damit auch mit vertragsrechtlicher Wirkung in Weisfall gekommen ist, dürfte nach dieser Richtung kein größerer Hindernis mehr bestehen, endlich zu einem für beide Teile befriedigenden Abschluß dieses Kampfes zu kommen. Denn auch die neueste These des Herrn D. Stempel (Frankfurt) und des Referenten über die lobnatarifliche Lage auf der Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins, daß bei diesem Kampfe „politische Gründe“ auf Arbeiterseite in Frage kämen, ist doch nur hilf- und geistloser Krampf, für den vernünftige Menschen nur mitleidiges Lächeln übrig haben sollten. In Wirklichkeit handelt es sich für die Schriftgießereiarbeiterschaft vom ersten Tage ihres Kampfes an nur um die Erhaltung ihres Reallohnens, der seit seiner Festsetzung durch die Preissteigerungen um gut 20 Proz. herabgedrückt wurde.

Vom zwölften Gewerkschaftskongress

In der Woche vom 31. August bis 4. September tagte in Breslau, dem Geburtsort Ferdinand Lassalles und Theodor Dicks, der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Das prächtige, prächtig geschmückte Heim der Breslauer Arbeiterschaft, dessen mächtige Front das gesamte Bild der Maragatenstraße beherrscht, bildete das Tagungslokal. Im großen, künstlerisch ausgemalten Saale grüßten die Farben der Republik und die aus einem Lorbeerbaum aufragende Büste Lassalles die Eintretenden. Den Auftakt zum Gewerkschaftskongress bildete ein großes Begrüßungskonzert am Sonntagvormittag, ausgeführt in festlicher Hingabe von 130 freigewerkschaftlich organisierten Musikern des Breslauer Stadttheaterorchesters und des schlesischen Landesorchesters.

Am Montagmorgen erfolgte zunächst eine feierliche Kranzniederlegung am Grabe Lassalles, wobei Peter Graumann namens des DDB und Kretens (Belgien) im Auftrage der Gewerkschaftsinternationale kurze Ansprachen hielten, denen weiter noch solche verschiedener ausländischer Vertreter folgten.

Gegen 9½ Uhr eröffnete, nach dem stimmungsvollen Vortrag des Liedes „Sturm“ von Ullmann durch die Breslauer Arbeitergesangsvereine, Theodor Leipart mit beruhigenden Worten die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses. Bis auf den letzten Platz war der Saal besetzt und auf den Tribünen drängte sich Kopf an Kopf. Die Präsenzliste wies die Namen von 311 Delegierten auf, die insgesamt 4500 461 Mitglieder vertraten. Für den Verband der Deutschen Buchdrucker waren fünf Delegierte erschienen, nämlich die Kollegen Seib (Berlin), Fiedler (Breslau), Hemmerich (München), König (Halle) und Kunkler (Hamburg); außerdem als Vertreter der „Korr.“-Redaktion Helmholz (Leipzig). Unter den zahlreichen Gästen befanden sich Vertreter der Reichs- und Landesregierungen, der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien, der Regierungspräsident und der Oberbürgermeister von Breslau und Vertreter anderer Behörden und Körperschaften. Außerdem waren anwesend Vertreter des Internationalen Arbeitsamts in Genf, des Afa-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes sowie Gewerkschaftsvertreter von Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Schweiz, Schweden, Dänemark, Holland, Polen, Rumänien und Frankreich. Leipart sprach zunächst den Gewerkschaften des Auslandes tiefgefühlten Dank aus für die große finanzielle Hilfe, die sie in der Zeit des Währungszerfalls den deutschen Gewerkschaften leisteten. Diese Hilfe sei um so wertvoller gewesen, als sie unaufgefordert geleistet wurde. Immer werde dieses schöne Beispiel praktischer internationaler Solidarität den deutschen Gewerkschaften gegenwärtig bleiben und sie veranlassen, gegebenenfalls ihre Kräfte für die ausländischen Kollegen einzusetzen. Sodann gedachte der Bundesvorsitzende in bewegten Worten der Toten, die seit der letzten Tagung aus den Reihen der Gewerkschaften gerissen wurden, unter ihnen nannte er besonders den Reichspräsidenten Erik Ebert, ferner Wilhelm Janzon, Alwin Kösten und Albert Massini. Ebenso warme Worte aber widmete er den vielen, weniger bekannten Gewerkschaftlern, die in Reich und Glied treu und unermüdet ihre Pflicht bis zum letzten Laten. Weiter erinnerte Leipart daran, daß neben Ferdinand Lassalle, der die Arbeiter mit flammenden Worten aufrüttelte, auch Theodor Dick in Breslau geboren ist, der bedeutende Gewerkschaftsführer, der vor 50 Jahren den ersten Deutschen Gewerkschaftsbund ins Leben rief. Das Werk dieser beiden großen Söhne Breslaus fortzusetzen, sei die Aufgabe des Kongresses. Sie ist um so schwieriger in der Zeit des schärfsten Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, in der die Gewerkschaften gegenwärtig stehen. Die letzte Kundgebung der gesamten Unternehmerverbände habe erneut bewiesen, daß die deutsche Arbeiterschaft vom Unternehmertum wenig Verständnis und keine Einsicht für ihre sozial-lage zu erwarten habe. Angesichts des Mangels an Objektivität, den die Beratungen der Regierung durch Unternehmervertreterungen erkennen lassen, müsse von neuem nachdrücklich gefordert werden, daß ebenso wie die sogenannten Führer der Wirtschaft auch die Vertreter der Gewerkschaften als wirtschaftliche Ratgeber gehört und beachtet werden. Die Gewerkschaften hätten den festen Willen, an der Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage und damit auch am Wohle des Volksganzen, des Staates, mitzuarbeiten. Zahlreiche Begrüßungsansprachen folgten der Eröffnungsrede Leiparts.

Im Rahmen dieses knappen Gesamtüberblicks der Breslauer Tagung ist es natürlich unmöglich, auf alle Einzelheiten des Verhandlungsverlaufs einzugehen. Späterer gewerkschaftlicher Aufklärungsarbeit muß es vorbehalten bleiben, entsprechende Kubanwendungen daraus zu ziehen. Vorderehand kann es sich nur darum handeln, die Hauptgesichtspunkte des Kongresses in der Berichterstattung hervortreten zu lassen.

Zu Vorstehenden wurden einstimmig gewählt Leipart, Brandes und Schumann. Ebenso einmütig erfolgte die Wahl von sechs Schriftführern und die Einsetzung zweier Kommissionen. Mehrere von Kommu-

nistischer Seite stammende Abänderungs- und Ergänzungsanträge zur Tagesordnung fanden so gut wie keine Unterstützung, war doch auf dem diesmaligen Kongress die kommunistische Opposition nur durch zwei Delegierte vertreten (im Gegensatz zum Leipziger Gewerkschaftskongress, wo jene 88 Delegierte zählte!).

Mit der Erstattung des Berichts des Bundesvorstandes durch den Bundesvorsitzenden Leipart begannen die eigentlichen Kongressverhandlungen. Es handelte sich dabei in erster Linie um die mündliche Ergänzung des 218 Seiten umfassenden Jahrbuches des ADGB über 1924, das eigentlich in die Hand jedes Gewerkschaftlers gehörte, der Wert auf selbständiges Nachdenken und Entscheiden legt. Ausgehend von der Ermordung Rathenaus, die schlaglichtartig die bedrohte Lage der Deutschen Republik beleuchtete und die organisierte Arbeiterkraft zu entschiedenem Kampfe gegen die Reaktion herausforderte, betonte der Berichterstatter, daß sich der ADGB durch die Veranstaltung gewaltiger Protestaktionen schühend vor den jungen Staat stellte. Wenn heute die organisierte deutsche Arbeiterkraft die Kerntruppe der Republik bilde, so sei das nicht zuletzt ein Verdienst der Gewerkschaften. Mehr und mehr mußten die Gewerkschaften in den letzten Jahren auch politische Aufgaben übernehmen. Nicht freiwillig haben sie den Weg beschritten. Die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die fortschreitende Verelendung der gesamten deutschen Arbeiterkraft, machte jedoch auch politische Aktionen zu einer unbedingten Notwendigkeit. Inzwischen haben die Unternehmer ungehindert und in unerhörtem Umfange auf die Gesetzgebung der Parlamente und auf die Verwaltungsmassnahmen der Regierung Einfluß bekommen. Die bürgerliche Wissenschaft, die es so eifrig hatte, die Gewerkschaften in ihre Schranken zurückzuweisen, scheut sich nicht, der Unternehmerschaft in ihrem Kampfe gegen die deutsche Arbeiterkraft noch „wissenschaftliche“ Waffen zu liefern. Die Arbeit des Bundes galt vor allem der Sorge für die Erwerbslosen. Unaufhörlich wurde von ihm die Regierung gedrängt, Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Gegen die von ihr geplante Änderung des gesamten Unterstützungswesens für die Arbeitslosen, die dahin ginge, daß leblos Arbeiter und Unternehmer die gesamten Kosten zu tragen hätten, haben sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit gewehrt. Sie drängten vor allem auf eine stärkere Heranziehung des Besten und schlugen einen sozialeren Ausbau der gesamten Steuererhebung vor. Bereits Anfang des Jahres 1923 wurde die Quellenbesteuerung verlangt, die Erfassung der Sachwerte und die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt gefordert. Wären die Vorschläge der Gewerkschaften damals angenommen worden, dann wäre dem deutschen Volk das Inflationsjahr 1923 mit seinen grauenhaften Folgen erspart worden. Die inzwischen von den Reichsparteien angenommenen neuen Steuer Gesetze bringen eine neue, fürchterliche Teuerung über das deutsche Volk, und Aufgabe der organisierten Arbeiterkraft ist es, sich für die schweren Lohnkämpfe der nächsten Monate zu rüsten. Schärfste Angriffe richtete Leipart gegen die Regierung, die nichts getan hat, um die Not der Arbeiterkraft zu erleichtern. Auch das Reichsarbeitsministerium habe die deutsche Arbeiterkraft oft genug schwer enttäuscht. Der Reichsarbeitsminister will jetzt noch nicht einsehen, wie sehr er sich über die Wirkung seiner Maßnahmen getäuscht hat. Die Befestigung des Achtstundentages und die künstliche Niedrighaltung der Löhne hat in keiner Weise eine Steigerung der Produktion bewirkt. Die von der Regierung erwartete Verbilligung der Lebens- und Gebrauchsmittel ist nirgends eingetreten. Für die Durchführung des Achtstundentages wird der ADGB seinerseits mit aller Entschlossenheit eintreten. Es wird kein Mittel unversucht bleiben, bevor zu dem letzten Mittel des Volksstreiks gegriffen wird. In erster Linie bleibt es Aufgabe des gewerkschaftlichen Kampfes und einer klugen Taktik der organisierten Arbeiterkraft, womöglich aus eigener Kraft den Achtstundentag tariflich zu sichern. Unter der „Mobilisierung der Massen“ verstehen wir im ADGB kein bloßes Geschrei, keinen möglichst häufigen Generalfstreik. Die Mobilisierung der Massen besteht vielmehr darin, die gesamte Arbeiterkraft für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Jeder einzelne, gestützt auf seine Organisation, hat in seinem Betrieb mit Mut und Überzeugung zu kämpfen. Auch das Schlagwort von der Einheitsfront hat in zahlreichen Anträgen zum diesmaligen Gewerkschaftskongress seinen Niederschlag gefunden. Niemand ist ein treuerer Anhänger der Einheit aller organisierten Arbeiter als der Bundesvorstand und der gesamte Kongress. Aber die Einigkeit, die von kommunistischer Seite verlangt wird, ist eine ganz andre. Nachdem die Kommunisten zuerst die heftigsten Kämpfe gegen die freien Gewerkschaften geführt haben, und ihre Führer als Verräter und Leibgarde der Bourgeoisie beschimpften, wollen sie jetzt auf einmal eng mit den Gewerkschaften zusammen arbeiten. In Wirklichkeit stellt die Parole der Einheitsfront, wie Leipart dokumentarisch nachwies, nichts anderes dar, als eine Zertrümmerung der Gewerkschaftseinheit. Nachdem Leipart noch eine ganze Reihe von Fragen gestreift, wie Mitaltederbewegung, Beitragsleistung, Bildungswesen, Jugendorganisation und dergleichen

mehr, unterbreitete er seinen Bericht der Beantwortung und Kritik des Kongresses. Nicht alle Forderungen hätten durchgeführt werden können, aber der Bundesvorstand habe getan, was in seinen Kräften lag.

Vor Eröffnung der Debatte über den Bundesvorstandsbericht wurde zunächst bei 33 von insgesamt 43 zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden Anträgen die notwendige Unterstützung vom Kongress verlangt. Im Verlaufe der darauf einsetzenden lebhaft geführten Debatte zeigte sich im allgemeinen bereits die innere Geschlossenheit, die dem Gesamterlauf des Breslauer Gewerkschaftskongresses das unverkennbare Gepräge verlieh. Auf einen unverhörtlich kritischen Ton waren eigentlich nur die Ausführungen der wenigen kommunistischen Delegierten gestimmt, die es z. B. als ein Manko in der Haltung des Bundesvorstandes empfanden, daß er den Kampf der Arbeitervertreter in den Parlamenten nicht durch den Druck der Massen außerhalb des Parlaments verstärkt habe. Weiter kritisierten sie die Stellungnahme des Bundesvorstandes zum Ruhrkampf und zur Ruhrhilfeaktion sowie zu den Ermächtigungsgesetzen, und forderten schließlich, daß der Kongress einen Sammelruf an die Arbeiter Deutschlands hinausgehen lasse. Verschiedene andre Diskussionsredner wiesen unter zum Teil drastischer Beweisführung nach, wie wenig Veranlassung gerade auf kommunistischer Seite besteht, gegen die Gewerkschaften Vorwürfe zu erheben.

In seinem Schlusswort dankte Leipart für die große Zurückhaltung in der Kritik des Bundesvorstandsberichts. Den kommunistischen Kritikern habe er seine Antwort schon im voraus im Bericht gegeben. Aber diese wollten respektiv dürften sich ja nicht überzeugen lassen. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens werde den Rechtszustand nicht wiederbringen, den wir in Deutschland in der Arbeitszeitfrage bereits einmal erreicht hatten. Trotzdem müßte selbstverständlich für die Ratifizierung gekämpft werden. Unverständlich aber sei die von Dörmann in der Diskussion vertretene Taktik der Metallarbeiter, den Bundesvorstand und den Bundesauschuß auf einem öffentlichen Kongress bezüglich der anzuwendenden Mittel festzulegen. Das widerspreche jeder gewerkschaftlichen Methode. In dem festen Willen, den Achtstundentag wieder zu erobern, gäbe es in der gesamten freigewerkschaftlichen Bewegung keine Abweichung. Die anwesenden Regierungswertreter ermahnnte Leipart, die hier vorgebrachten Klagen recht ernst zu nehmen und wandte sich dann mit besonderer Schärfe und unter stürmischer Zustimmung des Kongresses gegen eine am Tage zuvor in Leipzig gefasste Entschließung des Reichsbundes der deutschen Metallindustrie, die nicht nur weiteren Steuerabbau für die Unternehmer verlangt, sondern auch einen Lohnabbau als eine Voraussetzung jedes Preisabbaues erklärt. Die Metallindustriellen verlangen eine entsprechende Einwirkung der Regierung auf die öffentlichen Schlichtungsstellen.

Hierauf wurde dem Bundesvorstande gegen eine einstimmige Entlastung erteilt.

Im Anschluß hieran wurde nach kurzen Bemerkungen Tarrows, des Referenten der Antragskommission, folgende Entschließung des Bundesvorstandes zur Lohnfrage einstimmig angenommen:

Die von den deutschen Unternehmerverbänden verfolgte Lohnpolitik führt andauernd zu umfangreichen Lohnkämpfen, die die deutsche Wirtschaft unheilvoll erschüttern. Die Löhne des weitaus größten Teiles der deutschen Arbeitnehmer erreichen bei weitem nicht den Realwert der Vorkriegslöhne. Ihre Kaufkraft sinkt immer tiefer mit dem Steigen der Lebenshaltungskosten. Durch die von der Reichstagsmehrheit jetzt beschlossenen Zoll- und Steuererhöhungen tritt eine weitere allgemeine Preiserhöhung ein, die durch die Erhöhung der Wohnungsmieten noch verstärkt wird. Die hierdurch bedingten Lohnkämpfe müssen in naher Zukunft noch sehr viel umfangreicher und erbitterter werden.

Die Unternehmer versuchen, den von ihnen systematisch durchgeführten Lohndruck als eine sich zwangsläufig aus der deutschen Wirtschaftslage ergebende und für die Arbeitnehmer unausweichliche Konsequenz zu rechtfertigen. Unter dem Vorwand, dem Interesse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes zu dienen, provozieren die Unternehmer Lohnkämpfe, deren Ziel ist, durch niedrige Löhne die Konkurrenzfähigkeit deutscher Waren auf dem Auslandsmarkt zurückzugewinnen. In Verkennung ihrer verhängnisvollen Lohnpolitik klagen sie unter stumpfsinniger Beeinflussung der Regierung und der Öffentlichkeit die Gewerkschaften an, in einseitiger Interessenvertretung durch unerfüllbare Lohnforderungen den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu verhindern und das Land einer neuen Inflation entgegenzutreiben.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erblickt in den Einwänden der Unternehmer das rücksichtslose Streben, völlig einseitig nur die eigenen Interessen zu vertreten. Er erklärt, daß die Festsitz und Zertrümmerung, die das Unternehmertum während der Inflationszeit begangen hat, nicht ausgeglichen werden können durch einen weiteren Druck auf die lebendige und arbeitsbereite Volkskraft, die in der

Arbeiterschaft zur Entfaltung drängt. Unter voller Würdigung aller auf der deutschen Wirtschaft ruhenden Lasten gibt der Kongress dem festen Willen der Gewerkschaften Ausdruck, der Arbeiterschaft, die in den vergangenen Jahren ungezählte Opfer auf sich genommen hat, eine angemessene Lebenshaltung zu ermöglichen. Denn die Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung der breiten Massen ist notwendig und nutzbringend für die deutsche Wirtschaft und für das gesamte deutsche Volk.

Der Kongress ermutigt die Arbeiterschaft, den Kampf um einen gerechten Lohn mit Energie und Ausdauer zu führen. Denn dieser Lohnkampf ist zugleich ein Kampf um den Anteil der Arbeiterschaft an allen Kulturgütern des Volkes. Alle Kräfte müssen daher in ihm vereinigt werden.

Weiter wurde auf Vorschlag Larnows eine Abänderung zum Antrage des Bundesvorstandes beschlossen, die diesem die Verstärkung seiner Anstrengungen zur Herbeiführung des gesetzlichen Achtstundentages, gegebenenfalls unter Anwendung eines Volksentscheids, zur Pflicht macht. Damit galt die Entschließung der Metallarbeiter auf Herbeiführung eines Volksentscheids in bestimmter Frist als erledigt. Unter lebhaftem Beifall wurde sodann die Entschließung des Bundesvorstandes zur Arbeitszeitfrage in nachstehendem Wortlaut einstimmig angenommen:

Seit dem im November 1918 mit Zustimmung der Arbeitgeber durchgeführten Achtstundentag durch die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 der gesetzliche Boden entzogen wurde, tobt ununterbrochen in der deutschen Wirtschaft der Kampf um die Arbeitszeit. Unter Bruch des von ihnen unterschriebenen Abkommens vom 15. November 1918 haben nach Aufhebung der Demobilisierungsverordnung die Arbeitgeberverbände fast überall eine rein mechanische Verlängerung der Arbeitszeit betrieben mit dem Vorwand, daß die Mehrarbeit Voraussetzung zur Gesundung der deutschen Wirtschaft sei.

Die Erfahrung hat seitdem gezeigt, daß durch die erzwungene Mehrarbeit die Produktivität nicht gesteigert worden ist, weil die Arbeitsintensität nicht steigt mit der verlängerten Arbeitszeit. Das ist durch wissenschaftliche Feststellungen erhärtet, die im Gegenteil nachweisen, daß der günstigste Leistungseffekt bei verkürzter Arbeitszeit, insbesondere auch in kontinuierlichen Betrieben durch Einführung des Dreischichtensystems, zu erzielen war.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands steht nach wie vor fest zu der alten sozialpolitischen Forderung der Arbeiterschaft nach dem Achtstundentag. Die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden ist die erste Voraussetzung für die Hebung der kulturellen und gesundheitlichen Lage der Arbeiter.

Der Kongress stellt daher mit Befriedigung fest, daß es den Gewerkschaften gelungen ist, für mindestens die Hälfte der deutschen Arbeiterschaft den Achtstundentag zu erhalten oder zurückzugewinnen. Er bekräftigt den entschlossenen Willen der Gewerkschaften, ihn auch in den Betrieben wiederzuerzwingen, in denen er zurzeit noch überschritten wird. Da auf die Einsicht der Arbeitgeber, deren Forderung nach verlängerter Arbeitszeit nur ihren machtpolitischen Bestrebungen und ihrer Egoismus gegen eine freie Entwicklung der Arbeiterklasse entspringt, nicht zu rechnen ist, fordert der Kongress von der Reichsregierung und dem Reichstag ein beschleunigtes Arbeitszeitgesetz, das die Sicherung des Achtstundentages für die Arbeitnehmer wieder herstellt.

Der Kongress kann leider auf Grund des bisherigen Verhaltens der Regierung von diesem Appell keinen entscheidenden Erfolg erhoffen. Er fordert daher zugleich die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterschaft auf, in ihrem Kampf um die tarifvertragliche Festlegung des Achtstundentages nicht nachzulassen, sondern ihn ungeschwächt mit allen gewerkschaftlichen Machtmitteln bis zum endgültigen Siege fortzuführen. Nur eine geschlossene Front der Arbeiterschaft kann den endlichen und beständigen Sieg des Achtstundentages verbürgen.

Zu den sonst noch, zum Teil einstimmig angenommenen, zum zweiten Tagesordnungspunkt gehörenden Entschließungen, sei zusammenfassend bemerkt, daß zur Verlesung der Beschlüsse des Leipziger Kongresses aufs neue bekräftigt wurden. Als Pflicht der Gewerkschaften wird nochmals festgesetzt, die Betriebsräte bei Erfüllung ihrer Aufgaben nach Kräften zu unterstützen; andererseits wird an dem Grundsatz festgehalten, daß als Träger des kollektiven Arbeitsrechts auf Arbeiterseite allein die Gewerkschaften in Betracht kommen. Jeder Versuch, im zukünftigen Tarifvertragsgesetz auch Betriebsvereinbarungen als Tarifverträge anzuerkennen, soll von den Gewerkschaften aufs äußerste bekämpft und unbedingt abgelehnt werden. Eine weitere Entschließung fordert Auflösung der Technischen Rothilfe. In allen Bezirken werden bei Streikausbruch erforderliche Notstandsarbeiten entsprechend den gewerkschaftlichen Satzungen und Anweisungen verrichtet. Zur Wohnungsfrage wurden ebenfalls die Beschlüsse des Leipziger Kongresses wiederholt, d. h. es wurde die Förderung der Gemein-

wirtschaft im Wohnungswesen gefordert sowie Protest gegen die Haussteuer und ihre Verwendung für andre Zwecke als zur Behebung der Wohnungsnot erhoben. Ferner wird protestiert gegen die wirtschafts- und volksfeindliche Erhöhung der Mieten zugunsten des privaten Hausbesitzes und zu rein fiskalischen Zwecken und gegen die Beseitigung des Mieterchutzes und der gebundenen Wohnungswirtschaft. In einer Entschließung zur Heimarbeit wird allen Gewerkschaften zur Pflicht gemacht, mehr als bisher dahin zu wirken, daß die Frauen und weiblichen Familienangehörigen, die Heimarbeit verrichten, sich der zuständigen Gewerkschaft anschließen und die von den Gewerkschaften abgeschlossenen Lohnabkommen unbedingt einhalten. Die Berufsschule wird als eine unbedingt notwendige Bildungsstätte für die heranwachsende Jugend anerkannt, jedoch gefordert, daß auch tüchtigen Kräften aus der praktischen Berufsarbeit der Weg zur vollberechtigten Lehrtätigkeit in den Berufsschulen offen bleibt. Dem Unterricht in Staatsbürger- und Lebenskunde soll genügend Raum gewährt werden, die Erteilung von Religionsunterricht soll nicht Aufgabe der Berufsschule sein. Zu dem Referentenentwurf über das Berufsausbildungsgesetz nahm der Kongress in bejahendem Sinne Stellung. Doch wurde es als Mangel bezeichnet, daß die Regelung des Lehrlingswesens durch Tarifverträge oder besondere Lehrlingsordnungen keine Würdigung gefunden hat. In weiteren Entschließungen wird die Mitarbeit in den Genossenschaften und in der Volksfürsorge allen gewerkschaftlich organisierten Genossenschaften zur Pflicht gemacht. Schließlich gab der Gewerkschaftskongress noch seiner Freude Ausdruck über die günstige Entwicklung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Allen Gewerkschaften und deren örtlichen Verwaltungsstellen sowie Einzelmitgliedern wird die Benützung der Einrichtungen der Bank für bankmäßige Geschäfte und für den Sparverkehr empfohlen.

Von sonst noch angenommenen Anträgen seien noch diejenigen erwähnt, die den Austritt der Großeinkaufsgesellschaft aus den Unternehmerverbänden betreffen. Der Bundesausschuss wurde beauftragt, mit der Großeinkaufsgesellschaft über ihren Austritt aus den Unternehmerverbänden zu verhandeln. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen

Burgstädt i. Sa. In der am 28. August abgehaltenen Monatsversammlung wurde das Überstundenwesen in der hiesigen größten Druckerei scharf gerügt und Maßnahmen auf Abstellung beraten. Folgende Entschließungen gelangten nach lebhafter Aussprache zur Annahme: „Die Mittglieberschaft vertritt in der veruchten entehrenden Betriebsinternerung der Gehilfenschaft durch die Prinzipalität voll und ganz den Standpunkt des ‚Korr.‘ und wird zu gegebener Zeit schärfste gewerkschaftliche Mittel in Anwendung bringen. Infolge der in den letzten Wochen gestiegenen Lebenshaltungskosten möge der Hauptvorstand veranlassen, daß die gegenwärtige Lohnperiode mit September abläuft. Im Hinblick darauf, daß der Lohnstarif unter andern Voraussetzungen vereinbart wurde und die Lebensbedürfnisse durch Annahme der Steuer- und Zollgesetze noch wesentlich verteuert werden, ist die Gehilfenschaft nicht in der Lage, diese Lasten auf sich zu nehmen. Maßnahmen der Reichsregierung, die auf Preislenkung hinauszielen, sind nicht ernst zu nehmen. Gleichzeitige sind vom ADGB Boykotts großen Stils über bestimmte Dinge der Lebenshaltung (Alkohol usw.) zu verhängen, um den Ausbeutern ein Paroli zu bieten.“

Halberstadt. In diesen Tagen konnte der Seker Kollege Gustav Steh in der Firma C. Doelle & Sohn (Halberstadt) auf eine ununterbrochene 40jährige Tätigkeit zurückblicken. Neben sonstiger Ehrung seitens seiner Kollegen erhielt er von der Firma ein namhaftes Geschenk. Diese Ehrung ist um so mehr zu werten, als am hiesigen Orte eine alte Firma diesen schönen Brauch, die Veteranen der Arbeit zu ehren, bzw. dies durch Leistungszulagen anerkennt, nicht mehr zu pflegen scheint.

Kaiserslautern. Am 9. August fand unsere letzte Bezirksversammlung statt, wozu Kollege Conrad (Mannheim) erschienen war. Nach Erledigung der Vierteljahrsrechnung referierte er über: „Tarifvertrag und Organisation“. In bester Weise entledigte sich der Referent seiner Aufgabe unter besonderer Betonung des Sozialistengesetzes. Bezirksvorsitzender May dankte dem Referenten für seinen begeisterten Vortrag und schloß mit einer Einladung zur anschließenden regen Beteiligung bei der Besichtigung der Pfälzischen Handwerkschau.

Karlsruhe. (Druckerei.) Einer Einladung der Schnellpressenfabrik Johannisberg in Geisenheim a. Rh. Folge leistend, fuhr der Maschinenmeisterverein Karlsruhe am 22. August in einer Stärke von 150 Teilnehmern, darunter eine große Anzahl Damen, in drei von der Eisenbahnverwaltung zur Verfügung gestellten Sonderwagen über Mannheim-Ludwigsbafen zunächst nach Mainz. Am dortigen Hauptbahnhof wurden wir von Mainzer Kollegen empfangen und in ihr Lokal begleitet. Bezirksvorsitzender Weprich begrüßte die Kollegen mit ihren Damen und erinnerte daran, daß wir uns auf historischem Boden befinden, da unser Altheimer Gutenbergs in diesem Hause seine ersten Druckversuche unternommen habe, und bedauerte, daß Kollege Kirken, den durch seine frühere Wirksamkeit am hiesigen Orte noch viele Bande mit den Mainzer Kollegen verknüpfen, durch Todesfall in seiner Familie am

Erscheinen verhindert sei. Kollege Feichtiger sprach seinen Dank aus für den überaus herzlichen Empfang und gab das Versprechen, daß, wenn die Mainzer einmal nach Karlsruhe kommen sollten, wir Gleiches mit Gleichem vergelten würden. In gleichem Sinne sprach der Bezirksvorsitzende Maier aus Karlsruhe. Im weiteren Verlaufe des Abends wechselten in hunderter Folge ernste und heitere Ansprachen, Liedervorträge des Mainzer sowie des Karlsruher Kollegenangestelltenvereins und humoristische Vorträge künstlerisch veranlagter Mainzer und Karlsruher Kollegen miteinander ab. Erst nachdem der Zeiger der Uhr ziemlich vorgezückt war, trennte man sich, um in den verschiedenen Gasthöfen noch einige Stunden der Ruhe zu pflegen. Sonntags früh 6 Uhr fuhren wir mit dem Dampfer Ernst-Ludwig der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft den Rhein hinunter, vorbei an reizenden Landschaften, Schlössern und Burgen, sauberen Städtchen und Dörfern. Hatte der Himmel am Vorabend ein trübliches Gesicht gemacht und zeitweise seine Schleusen geöffnet, so zog er nunmehr extra für die Karlsruher sein Feiertagsgewand an. Auf dem Niederwald mit dem Nationaldenkmal lag glänzender Sonnenschein. Kollege Siegle aus Mainz hatte in liebenswürdiger Weise das Amt des Cicero übernommen. In Rimmnshausen betraten wir wieder festen Boden und stiegen unter Führung des vorgenannten Kollegen auf den Niederwald zum Nationaldenkmal, dem gewaltigen deutschen Kunstwerk. Nach einer kurzen Rast und einer Erklärung des Denkmals von berufener Seite ging's nach Weissenheim, wo in zwei Wirtschaften das Mittagsmahl eingenommen wurde. Nachmittags erfolgte in mehreren Gruppen unter sachkundiger Führung die Besichtigung der Fabrik. Die Teilnehmer konnten sich hier durch den Augenschein überzeugen von dem hohen technischen Stande der Maschinenfabrik Johannisberg. Nach der Besichtigung war noch für eine kurze Stunde gemüthliches Beisammensein bei einem edlen Tropfen Rheinwein. Seitens der Fabrikleitung wurden die Teilnehmer herzlich und der Freude Ausdruck gegeben über den starken Besuch. Der Vorsitzende des Maschinenmeistervereins Karlsruhe stattete der Fabrikleitung den Dank ab für das Gebotene. Nach kurzer Rede und Gegenrede und einigen Liedervorträgen der Gesangsabteilung nahte die Abschiedsstunde heran, für manche viel zu früh. Auch an dieser Stelle sei herzlichster Dank ausgesprochen, in erster Linie der Maschinenfabrik Johannisberg, dann den Mainzer Kollegen, aber auch die „Lindenwirtin, die junge“, sei nicht vergessen. Vorbei sind die Festtage; aber jedem werden sie unvergänglich bleiben, der sie miterlebt hat.

Weinigen (Thür.). Die am 22. August im „Gewerkschaftshaus“ abgehaltene Monatsversammlung unseres Ortsvereins befaßte sich nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten eingehend mit der durch die Annahme der Zollgesetze geschaffenen Situation, die sich hauptsächlich bei uns Buchdruckergehilfen infolge des auf längere Zeit abgeschlossenen Lohnabkommens ungünstig auswirkt. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen und an den Gau- und Hauptvorstand weitergegeben: „Die am heutigen Tage versammelten Kollegen des Ortsvereins Meinigen im Verband der Deutschen Buchdrucker nahmen eingehend Stellung zu den von der Reichstagsmehrheit in der letzten Zeit uns auferlegten Zöllen und Steuern, die eine unerträgliche Belastung der arbeitenden Schichten darstellen. Alle Proteste und Warnungen der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften sind von der derzeitigen Regierung unbeachtet geblieben. Die durch Annahme der Zoll- und Steuer-gesetze unausbleibliche Steigerung der Lebensmittelpreise hat eingeseht. Ein menschenwürdiges Dasein zu fristen, ist nicht mehr möglich. Dem geeinten Vorstoß der Unternehmer und Prinzipale gilt es eine geeinte Arbeiterschaft entgegenzusetzen, um dieser Willkürherrschaft endlich ein Ende zu machen. Wir ersuchen daher Hauptvorstand und Gehilfenvertreter, das derzeitige Lohnabkommen zum 1. Oktober durch eine den Verhältnissen angepaßte Erhöhung abzulösen, damit das Los der Gehilfen des Buchdruckerwerkes verbessert wird. Unse Vertreter können auf eine geschlossene Gehilfenschaft im Kampfe rechnen.“ — In dieser Versammlung konnten wir auch Kollegen Pitt (Dresden), ein früherer Vorsitzender unseres Ortsvereins, begrüßen, der uns ein sehr interessantes Referat über modernen Buchdruck hielt. Mit leicht verständlichen Worten ging der Referent vom Steindruck Senefelders aus, streifte das photographische Verfahren im Buchdruck und kam an Hand zahlreicher ausliegender Druckfachen auf den Werdegang der Galvano-plastik zu sprechen, um die Anwesenden zum Schluß in das Wesen des Offsetdruckes einzuführen. Allgemeiner Beifall belohnte den Referenten, der es verstanden hat, durch seine eindrucksvollen Worte jeden einzelnen Kollegen zu fesseln. Auch an dieser Stelle sei dem Kollegen Pitt nochmals gedankt.

Potsdam. Sonntag, der 23. August, war für Potsdam ein echter Buchdruckeritag, denn die Kollegen aus Belgis, Trebbin und Spandau waren unserer Einladung gefolgt, um mit uns gemeinsam den hochinteressanten Vortrag des Kollegen Feichtiger (Berlin) über „Moderne Druckfachenausstattung“ zu hören; es war ein Werbetag für die organisierten Buchdrucker von Potsdam und Umgegend, um damit den Fortbildungsgedanken in unsern Reihen zu stärken! Eine außerordentlich reichhaltige Sammlung von Skizzen und Entwürfen sowie Schriftschreibetafeln bildete eine wertvolle Ergänzung zu diesem inhaltreichen Vortrag. Die Ausstellung, ein Erfolg monatelanger fleißiger Arbeit, legte so recht Zeugnis ab von der geistigen Regsamkeit und dem immerwährenden Schaffen und Wirken innerhalb des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. Mit wachsendem Interesse folgten die Zuhörer den Ausführungen des Referenten und gaben durch starken Beifall ihrem Danke Ausdruck. Mit dem Ausruf „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ schloß der Vorsitzende die Sitzung, dabei ermahnend, dem Gedanken der Gemeinschaftserziehung und beruflichen Fortbildung stets höchstes Interesse entgegenzubringen.

Katibor (Oberschl.). (Maschinen-seker.) Am 16. August tagte in Katibor in der „Reichshalle“ die Wanderversammlung des Schlesischen Maschinensekervereins (Bezirk Oberschlesien), die von den Kollegen aus Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien sehr gut besucht war, womit einem jahrelang gehegten Wunsche wohl aller Mitlieder entsprochen wurde. Ebenso nahm auch der größte Teil des Katiborer Ortsvereins sowie einige Gäste daran teil. Nach herzlichen Begrüßungsworten des Kollegen Wojaczek (Katibor) eröffnete Kollege Bernhardt (Hindenburg) die Tagung, dabei besonders auf das innige Verhältnis hinweisend, das früher zwischen den Katiborer und Kattowitzer Kollegen bestand. Nachdem die Aufnahme von fünf Mitgliedern vollzogen, referierte der Vorsitzende des Schlesischen Maschinensekervereins, Kollege Birnbach (Breslau), über das Thema: „Rund um die Gegenwart“. In seinem instruktiven, geistig wohlüberdachten Vortrage behandelte der Redner die verschiedensten technischen und organisatorischen Angelegenheiten, die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im allgemeinen und gezielte in vordringender Weise die Zoll- und Steuerfragen. Der starke Beifall wie die zustimmende Diskussion, an der sich auch der Bezirkssekretär der freien Gewerkschaften für Oberschlesien, Genosse Nowak, beteiligte, bewiesen, wie trefflich es der Redner verstanden, den Kollegen den Ernst der Zeit zu Gemüte zu führen. Den Beifall von der Gau-Wanderversammlung in Görlitz erstattete Kollege Schaffranel, dabei ganz besonders die herzliche Gastfreundschaft der dortigen Kollegen betonend. Unter „Technischem“ wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß bei der elektrischen Aßern-Beizung seitens der Maschinenfabrik A.-G. Augsburg-Göppingen kein Instruktionsbuch geliefert wird und ein solches auch nicht vorhanden ist, was sich bei eintretenden Störungen in den Provinzdruckereien im Anfang äußerst unangenehm bemerkbar macht. Vielleicht geben diese Zeiten der Firma Veranlassung, den Mangel durch Herausgabe eines Instruktionsbuches abzustellen. Weiter war es möglich, durch vorhandene Zeilen und Prospekte der Ludlow-Maschine die Versammeln etwas näher mit der Arbeitsweise dieser neueren Wickelmaschine bekannt zu machen. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Beuthen festgesetzt. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung, die in ein begeistertes aufgenommenes Späß auf Verband und Sparte ausklang. Den Bemühungen der Katiborer Kollegen war es erfreulicherweise gelungen, bei der Direktion der Kattowitzer Brauerei „Zum Jungfernhof“ die Berücksichtigung ihres Betriebes zu erlangen. Unter der fachmännischen Leitung des Herrn Braumeisters Gorwoda wurde allen Teilnehmern der Werdegang des Bieres in äußerst anschaulicher und klarer Weise vorgeführt. Insbesondere wurde die interessante Tatsache beleuchtet, daß zu einem reinen und bekömmlichen Bier einig und allein gutes, reines, bakterienfreies Wasser erforderlich ist, welches in dieser Brauerei durch Entkarbonisierung — d. i. Entfernung aller kalkhaltigen Carbonate — erzeugt wird und daher jedwede gesundheitsgefährliche Wirkung ausschließt. War die Exkursion durch das im vollen Betrieb befindliche moderne Werk schon an und für sich sehr lehrreich, so bildete jedoch die praktische Vorbeimustration des zunächst ungerahmten und dann später gereinigten Brunnenwassers den Hauptschlagler wohl für alle Teilnehmer. Mit Dankesworten an Direktion und Braumeister verabschiedeten sich die Besucher und zogen in geschlossenem Zuge und unter den lustigen Weisen eines Wanderliedes zurück zum Versammlungsort, woselbst nach gemeinsamem Mittagessen sich recht bald ein äußerst kollegiales, gemüthliches Leben und Treiben entwickelte.

Allgemeine Rundschau

Zur allgemeinen Beachtung bei Entlassungsfragen. Den „Mitteilungen“ für den Gau Hannover entnehmen wir folgenden Beachtenswerten Hinweis: „In letzter Zeit deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß der Beschäftigungsstand in den Buchdruckereien etwas nachgelassen hat. Diese Gelegenheit wird leider von einzelnen Firmen sofort benützt, um sich angeblich überflüssiger Arbeitskräfte durch Entlassungen zu entledigen. Dabei wird nicht berücksichtigt, daß verschiedene Personale seit Jahr und Tag nicht nur Mehrarbeit, sondern auch noch Überstunden leisteten. Unsere Aufgabe ist es, der Frage der Entlassungen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Grundsätzlich dürfen in den Betrieben resp. den einzelnen Abteilungen Entlassungen erst dann vorgenommen werden, wenn in der betreffenden Abteilung wieder die tarifliche und gesetzliche 48stündige Wochenarbeitszeit eingeführt ist. Überstunden sind auf das äußerste unvermeidbare Maß zu beschränken. Einer Kurzarbeit oder einem eventuellen Aussehen ist nur nach vorheriger Rücksprache mit der Organisation zuzustimmen. Sollten sich aber trotzdem in einzelnen Fällen Entlassungen nicht vermeiden lassen, so sind die §§ 84 bis 86 des Betriebsrätegesetzes besonders zu beachten; vor allem muß die wirtschaftliche Lage jedes zur Entlassung kommenden Kollegen geprüft werden. Bei Einprüfungen der Gehilfen beim Arbeiterrat ist besonders zu beachten, daß die Entfesselung, ob eine unbillige Härte vorliegt, von dem gesamten Arbeiterrat herbeigeführt werden muß, um keine Abweisung von dem Arbeitsgericht zu erfahren.“

Schwerer Autounfall. Während der im Laufe dieser Woche in Bad Kissingen tagenden Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Bereins ereignete sich ein schwerer Autounfall, der schwere Anläß über zwei Familien maßgebender Führer des Deutschen Buchdrucker-Bereins zur Folge hatte. Bei einem Autoausflug, den die Gattin des Herrn Dr. Petersmann, des einen Vorsitzenden des DBB, und Inhaber der Spamerischen Buchdruckerei in Leipzig, mit den Frauen des Buchdrucker-Besitzers Wolff in Wien und des Direktors der Buchdruckerei Bilgen-

stein in Berlin, des Herrn Sternheim, in die Umgebung von Bad Rissingen unternahm, überschlug sich das von Frau Petersmann selbst geführte Auto. Dabei verunfallte Frau Wolff tödlich, während Frau Petersmann mehrere Rippenbrüche und eine schwere Gebirnerstümmelung und der mitfahrende Chauffeur einen Beinbruch erlitt.

Weitere Beschränkung des Mieterschutzes. Dem Reichstag liegt ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Mieterschutzgesetzes vor. Danach kann dem Mieter schon gekündigt werden, wenn er mehr als den Mietbetrag eines Monats schuldet, gegenüber dem Zweimonatsbetrag bisher. Ein wegen Zahlungsverzuges oder mietswidrigen Verhaltens verurteilter Mieter soll jetzt zur Räumung der Wohnung auch dann gezwungen werden können, wenn ihm keine Ersatzwohnung gestellt wird, ausgenommen der Fall, daß der Mieter zum Beispiel als Erwerbsloser oder Sozialrentner infolge unvermeidlicher Not nicht zahlen konnte und der ihm zugebilligte Zahlunsaufschub keine übergroße Härte für den Vermieter darstellt. Mieterverhältnisse über gewerbliche Räume können ohne Ersatzstellung, jedoch mit Räumungsrückstellung gekündigt werden. Untermieter ohne selbständige Wirtschaft sollen nach dem Entwurf nicht mehr dem Mieterschutzgesetz unterstehen; ihnen kann dann jederzeit gekündigt werden. Untermieter mit eigener Haushaltung, deren Räume in engem wirtschaftlichen oder räumlichen Zusammenhang mit der Wohnung des Untermieters stehen, müssen schon dann die Kündigung gegen sich gelten lassen, wenn der Untermieter ein begründetes Interesse an der Erlangung des Raumes hat. Dem vollen Mieterschutz untersteht der Untermieter nur, wenn die gemieteten Räume nicht in engem Zusammenhang mit den Räumen des Untervermieters stehen. Dem Untermieter kann nach dem Vorschlag gekündigt werden, auch ohne daß ihm eine Ersatzwohnung gestellt wird. In dieser neuen Fassung soll das Mieterschutzgesetz bis 1. Juli 1927 Gültigkeit behalten. Diese Abänderungen schließen grobe Härten für die Mieter in sich. Auf deren Kosten sollen die Wohnungsämter entlastet und die Vermieter begünstigt werden. Dabei muß der Abänderungsentwurf in dieser Fassung bekämpft werden.

Die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsführer. In der kapitalistischen Wirtschaft wuchs bisher die Produktionsfähigkeit immer rascher als die Konsumtionsfähigkeit, und die Krisis der heutigen Zeit besteht eben darin, daß die Wirtschaftsführer keinen Ausweg aus diesem Dilemma wissen oder ihn wenigstens nicht sehen wollen. Zu einem Teil ist diese Abwärtskrisis eine Frage der wirtschaftlichen Organisation. Dabei ist es an sich zu bezweifeln, daß von prominenter Seite, nämlich von dem geschäftsführenden Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie anlässlich der Kölner Tagung die Frage aufgeworfen worden ist: „ob die großen Aufgaben, vor denen wir stehen, auch wirklich von der deutschen Industrie in ihrer heutigen organisatorischen Verfassung zu bewältigen sind?“ Dieser Herr, namens Kasfl, mußte freimütig zugeben: „das Kartell hat keinen Schlüssel zum Ausstieg dieses Mißverhältnisses gefunden... Ebenwenigstens konnten bis heute die Kriegengebilde der Trusts und Interessengemeinschaften das grundlegende Prinzip ändern... Die Gefahr der Überproduktion blieb nach wie vor bestehen und das Abwärtsfeld konnte nicht erweitert werden.“ Überraschend sind nur die Schlussfolgerungen, die nun gezogen werden, denen allerdings eine nicht weiter begründete Behauptung vorangestellt wird, nämlich die, daß eine wesentliche Weitung des Marktes weder im Inland noch in der Welt sonstwie möglich sei, und deshalb — folgert Kasfl — wird der Produktionsanreiz sich mindern und eine Rückbildung des Grobunternehmens einleiten. Das sieht doch fast so aus, als wollte man die Krisis durch eine Senkung der Produktion beheben, wozu ja auch schon zum Beispiel bei der Kontingentierung der Stahlerzeugung der Anfang gemacht worden ist. Warum aber findet man nicht den Mut zu dem andern, doch immerhin auch möglichen Wege der Hebung der Löhne und Senkung der Zollschranken? Die deutsche Wirtschaft bzw. ihre heutigen Macht-haber zeigen immer mehr ihre vollständige Unfähigkeit, die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Gesamtheit umzustellen. Lieber verringern sie die Produktion, als daß sie durch eine entsprechende Lohn- und Gehaltspolitik den inneren Markt beleben. Ist es nicht ein Wahn-sinn, die Produktion künstlich zu droffeln, während es Millionen von Volksgenossen an Nahrung, Kleidung und Wohnung fehlt?

Die „Internationale“ der Unternehmer. Im Kampf der Unternehmerorganisationen gegen die Gewerkschaften ist immer wieder die sogenannte internationale „Einstellung“ der freien Gewerkschaften ein Hauptargument. Tatsächlich aber liegt die Sache doch eigentlich so, daß die Gewerkschaften immer noch „nationaler“ handeln als die Unternehmer; nur spielt der nationale Gedanke in der Ideologie der Unternehmerverbände eine andre Rolle. Es wäre ja auch sonderbar, wenn es anders sein sollte. Denn die internationalen gewerkschaftlichen Beziehungen sind doch nur eine Folge der internationalen Verbindungen des Kapitals. Erst als die Unternehmer dazu übergingen, die Arbeiter verschiedener Länder gegeneinander auszuspielen, um den Lohn zu drücken, kam Marx auf den Gedanken der „Internationalen Arbeiter-assoziation“. Aber die zum Teil sehr lebhaften und engen internationalen Beziehungen der Unternehmer besteht noch vielfach Unklarheit. Es lassen sich im allgemeinen drei verschiedene Stadien, die sich auch in verschiedenen Organisationsformen verkörpern, unterscheiden. Auf der untersten Stufe stehen die internationalen Interessensverbände, wie z. B. der internationale Verband des Baugewerbes. Diese internationalen Organisationen regeln in der Hauptsache dieselben Fragen von internationaler Bedeutung, die im Inlande die wirtschaftspolitischen Organisationen beschäftigen, wie z. B. Patentfragen, internationale Schiedsgerichtsbarkeit usw. Auf einer höheren Stufe stehen die internationalen Verträge, die Unternehmerorganisationen der verschiedenen Länder über Preisgestaltung und Produktionsförderung abschließen, Konventionen also, wie sie z. B. im Augenblick zwischen der deutschen und französischen

Schwerindustrie erstrebt werden, die unter Umständen, wie beim Schienenkartell, auch zu einem internationalen Kartell führen können. Und schließlich auf der letzten und höchsten Stufe steht die unbedingte finanzielle Herrschaft in einer Branche über die ganze Welt, wie sie z. B. heute in dem Glühlampentrust von der Ostramgesellschaft angestrebt wird.

„Gesundheit und Arbeit.“ Unter diesem Namen findet vom 13. bis 30. September d. J. in Essen anlässlich der zweiten Jahreshaushaltsversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene eine Ausstellung statt, die sich mit den neuesten Erfahrungen der Industrie auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und Unfallverhütung befaßt. Die Ausstellung ist in drei Abteilungen gegliedert, von denen die erste die allgemeine Gewerbehygiene, wie Staub und Erstaubung, Atem- und Augenschutz, Temperatur und Feuchtigkeit usw. und Unfallverhütung, wie Maschinenschutz und unfallsichere Werkzeuge, Schutzvorrichtungen an elektrischen Anlagen, Sicherungen beim autogenen Schweißen und Schneiden und Unfallschutz im Bauwesen umfaßt. Die zweite Abteilung, Hygiene und Unfallverhütung im Bergbau, beschäftigt sich vorzüglich mit den neuesten Erfahrungen und Werkzeugen für die Sicherung des Lebens und der Gesundheit im Bergbau und Hüttenwesen. Zwei lebensgroße Modelle von Teilen eines Bergwerkes zeigen hier dem Besucher anschaulich die Gefahren des Bergbaues und die zur Verfügung stehenden Schutzmaßnahmen. In der dritten Abteilung, Arbeitswirtschaft und Arbeitseisen, wird das neueste und wertvollste Material auf diesen Gebieten gezeigt. Die Ausstellung, die rein fachlich aufgezogen ist, findet das größte Interesse weitester Kreise und wird sich zweifellos in kulturförderndem und volkswirtschaftlichem Sinne in günstiger Weise auswirken. Nähere Auskunft erteilt die Ausstellungsleitung, Essen, „Glühlampenhaus“, Zimmer 12.

Zur Höhenjonne-Behandlung. Der Reichsausschuss für Kräfte und Krankentassen hat kürzlich Richtlinien aufgestellt für die Anwendung elektro-physikalischer Heilmethoden, insbesondere auch für die Heilbehandlung mittels „Höhenjonne“. Hierüber heißt es in den Richtlinien: Die künstliche Höhenjonne darf bei Versicherten und dessen Angehörigen nur da angewendet werden, wo sie unbedingt angezeigt und insbesondere geeignet ist, Arbeitsfähigkeit schneller wiederherzustellen als ein andres (billigeres) Mittel. Sie ist lediglich ein Ersatz für die natürliche Sonne und darf nur benutzt werden, wenn diese nicht zur Verfügung steht. Die Höhenjonne wirkt auf den ganzen Körper, indem sie die Haut zu vermehrter Bildung von Schutz- und Abwehrstoffen anregt. Bestrahlungen einzelner Körperteile sind minderwertig. Man soll bei jeder Sitzung möglichst die gesamte Haut bestrahlen; deshalb muß jeder Kranke besonders behandelt werden. Gleichzeitige Bestrahlungen mehrerer Kräfte mit einer Lampe sind als unwirksam zu verwerfen. Als von „anerkannter Wirksamkeit“ wird die Behandlung mittels Höhenjonne bezeichnet bei 1. Chirurgischer Tuberkulose (Knochen, Haut, Gelenke, Bauchfell), 2. Lungentuberkulose im ersten Stadium, 3. Strophulose, auch Strophulösen und tuberkulösen Ohren- und Augenkrankungen, 4. Lupus vulgaris, 5. Raquitis. Von besonderem Interesse ist, was kürzlich in einem vor dem Großen Senat des Reichsversicherungsamts ausgetragenen Streit zwischen Krankentasse und Haupterzorgungsamt über die Frage, ob die Behandlung mittels Höhenjonne als „kleines Heilmittel“ oder als „ärztliche Behandlung“ zu gelten habe, über die Höhenjonnebehandlung in einem Gutachten des Reichsgesundheitsamts ausgeführt wurde. Es heißt in diesem Gutachten u. a.: Als künstliche Höhenjonne bezeichnet man eine Quecksilberdampflampe in Verbindung mit Quarzglas, die befähigt ist, ultraviolette Strahlen zu erzeugen, denen die therapeutische Wirksamkeit zugeschrieben wird. Sie üben einen intensiven Hautreiz aus, der als chemischer Verbrennungsprozess aufgefaßt wird, und wirken auf den Gesamtorganismus durch Herabsetzung des Blutdrucks und Anregung des Stoffwechsels. Machebende Faktoren sind die Lichtempfindlichkeit der Haut, der Abstand der Lampe von der Haut und die Bestrahlungsdauer, ferner die Stärke der ultravioletten Strahlen. Genaue Kenntnis dieser nur schwierig und individuell zu beurteilenden Faktoren ist Bedingung für die Anwendung dieses Verfahrens. Da überdies eine exakte, wissenschaftliche Begründung der Wirkung der Ultraviolettstrahlen noch fehlt, und ihre Wirkung bei manchen Erkrankungen nur auf rein suggestiven Einfluss zurückzuführen sein mag, so ist bei der therapeutischen Verwendung große Vorsicht und weitgehende Individualisierung geboten. Die etwaigen Schädigungen zeigen sich meist erst nach einiger Zeit. Das Gutachten des Reichsgesundheitsamts faßt dann noch, daß persönliche Überwachung durch den Arzt bei der Höhenjonnebehandlung um so notwendiger sei, als die Methodik der Behandlung noch durchaus in der Entwicklung begriffen wäre. Der Große Senat des Reichsversicherungsamts hat daraufhin bei der Bestrahlung durch Höhenjonne angenommen, daß „ärztliche Behandlung“ vorliege und es sich nicht um die Gewährung eines „kleinen Heilmittels“ handle. Die Anwendung der Höhenjonne dürfe deshalb auch nicht etwa, heißt es in den Urteilsgründen, untergeordneten Kräften überlassen werden.

verschiedene Eingänge

- „Buch- und Kunstdruck.“ Monatschrift für graphische und verwandte Gewerbe. (Verlag Sartorius & Co. in Hamburg 11.) Heft 8. Jubiläumsjahrgang.
- „Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Herausgeber Aug. Müller, St. Gallen. 43. Jahrgang, Heft 8. Druck und Expedition Buchdrucker Jostler & Co. St. Gallen.
- „Die Gemeinde.“ wachsenden Mitteilungsblatt für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. 2. Jahrgang, Heft 17. Monatsheft 60 Pf. Verlag S. P. W. Sieb. Nachf., Berlin SW 65.
- „Mutter und Liebe.“ Zeitschrift zur Hebung, Verbreitung und Vertiefung des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Holmann. 6. Jahrgang, Nr. 2. Preis für drei Hefte 60 Pf. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover, Jordanstraße 1.
- „Die Glöde.“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Karow. 11. Jahrgang, 1. Band, Nr. 22. Preis 60 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

Literarisches

Gewerkschaften. In Heft 3 (September 1925) des brillianten ...

Briefkasten

M. W. in D.: Kollis traf erst am 8. September hier ein, konnte deshalb in Nr. 72 nicht mehr untergebracht werden.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II. Berufs: Amt Kurfürst Nr. 1191.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse): Im Gewerkschaftsamt...

Arbeitslosenunterstützung

Kiel. Der Kollege Max Bettlermann aus Halle a. d. S. (Hauptbuchnummer 119 204) war vom 8. bis 21. August in Binneberg in Konfektion...

Versammlungskalender

Berlin. Kaffinenlehrevertrauensmännerversammlung Sonntag, den 13. September, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Saal 1), Engelsufer 24/25.

Anzeigen

Anzeigengebühr: die sechsgespaltene Zeile 25 Goldpfge. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 75 Goldpfge. Rabatt wird nicht gewährt.

Annahmefrist: Montag und Donnerstag früh zur jeweilig nächstfolgenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einschaltung auf Postfach (Leipzig Nr. 613 28).

Mehrere Alzidenzseher: Erfahrener Zeitungsmetzer (kein Anzinger) sofort gesucht. 1340. „Hüneburger Tageblatt“, Käneburg.

Linotypeseher: unter günstigen Bedingungen in Dauerstellung sofort oder später gesucht. Familienwerknehmung ist vorhanden. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften erblitt. 1335. Kreisblattverlag in Quedlinburg am Harz.

Maschinenmeister: oder Schweizerdegen (guter Drucker) möglichst für sofort in Dauerstellung gesucht. „Gerdanner Zeitung“, Gerdauen. 1356. Wie suchen zum möglichst baldigen Eintritt einen tüchtigen Stereotypen für Kunde- und Klackauf. Betreffender soll mit der Autoplate - Junior - Wickmaschine vertraut sein. „Dadische Presse“, Kriemhild.

Freie Gedanken: sind in solch ausgewählter Zusammenstellung erstmalig erschienen. Preis 4 M. Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Leipzig, Salomonstrasse 8. Postscheckkonto 51430. Beschiffe, Winkelhaken: Schließzeuge, Ausbinder, schür, Maschinenbänder, Anlegemarken liefert A. Siegl, München 9.

Handwerker- und Kunstgewerbechule Barmen: Werkstätten für Holz und Buchdruck, Stein-, Zink- und Offsetdruck, Photos, mechanisches Metall, Entwerfungsarbeiten für Plakate und Buchschmuck. Sicherheits-Schließzeug: Formstempel, Unterlagstempel für Stereos und Autos liefert A. Siegl, München 9.

DER KLEINE BROCKHAUS

mit seinem Preisausschreiben

für Subskribenten! 5000 Mark bar und viele Trostpreise.

Das Konversationslexikon in einem Bande!
40000 Stichwörter, 5400 Abbildungen im Text, 90 zum Teil
bunte Tafeln, 37 Übersichten. So vielseitiges Wissen ist kaum
je so preiswert erbotenes. Bei Bestellung vor d. 1. Okt. 1925 gibt der
von 21 M. für die Halbleinbandausgabe bzw. 28 M. für die Halb-
leiderausgabe. Später Preissteigerung! Bestellen Sie noch heute.
Ich liefere dieses Preisausschreiben gratis bzw. 5 M. für die
Werkzeugen dieser Monats-
zahlungen von nur 4 M.
Bestellzettel, Zahlkarten kostenlos.
bei Buchhandel, Karl Block, Berlin SW 68, Kochstr. 9, den
21 M. (Halbleinband) — 28 M. (Halbleider) — gegen bar
oder Monatszahlungen von 4 M. Das ganze Betrag — die
erste Rate — ist gleichzeitig — ist nachzunehmen.
(Nichtverpflichtendes streichen!) Erfüllungsort Berlin.
Ort u. Datum:
Name u. Stand:

**Buchhandlung
KARL BLOCK, Berlin SW 68, Postfachkonto: Berlin 207 49**

Ortsverein Erfurt
Dienstag, dem 15. September,
abends 7 1/2 Uhr, im „Volks-
haus“: 1354

Mitgliederversammlung
Tagesordnung:
1. Kassenbericht vom August;
2. Erledigung einiger Auf-
nahmegeschäfte; 3. Vortrag des
Rechtsanwalts Dierhoff über:
„Der Mann in Haus und
Egal“; 4. Vereinsmittel-
lungen.
Zahlreichen Besuch der Mit-
glieder erwartet
Der Vorstand.

Am 30. August ver-
starb nach langem Leiden
unser langjähriges
Mitglied und lieber
Kollege, der Drucker
Invalide 1347

Karl van Daal

im 78. Lebensjahre.
Wir werden ihm ein
dauerndes Andenken be-
wahren.
Verein
Hannoverscher Drucker.

**Junger Koffer
Schweizerdegen**
sucht zu sofort Stellung.
Angeb. erbeten unter Nr. 343
an die Geschäftsstelle „Korr.“,
Leipzig, Königstraße 7.

Am 7. September ver-
starb nach nur kurzem,
schwerem Krankenlager
an Gehirnerkrankung
als Folge eines Unfalls
unser wertiges Mitglied,
der Geiger 1352

Johannes Zweifel

im Alter von 47 Jahren.
In einer 27jährigen
Mitgliedschaft hat der
Verstorbene der Organi-
sation die Treue be-
wahrt und sich in dieser
Zeit die Achtung aller
Kollegen erworben.
Sein Andenken wird
 stets in Ehren halten.
Ortsverein Breslau.

**Junger
Maschinenmeister**
welcher auch an der Holz-
maschine aushelfen kann,
sucht Stellung. Gleich wohin.
Eintritt nach Abereinkunft.
Off. Off. unter „Buchdruck“
bahnhof, Mühlberg (Osbay.).

Am 7. September ver-
starb nach langem,
schwerem Krankenlager
an Gehirnerkrankung
als Folge eines Unfalls
unser wertiges Mitglied,
der Geiger 1352

Johannes Zweifel

im Alter von 47 Jahren.
In einer 27jährigen
Mitgliedschaft hat der
Verstorbene der Organi-
sation die Treue be-
wahrt und sich in dieser
Zeit die Achtung aller
Kollegen erworben.
Sein Andenken wird
 stets in Ehren halten.
Ortsverein Breslau.

Maschinenmeister
27 Jahre alt, firm in allen
vorkommenden Arbeit, wünscht
sich zu verändern. Gleich wohin.
Off. Angebote unter F. R. 114
Oranienburg postkammer.

Am 7. September ver-
starb nach langem,
schwerem Leiden unser
lieber Kollege, der Geiger
1358

Artur Peters

im 25. Lebensjahre.
Ein ehrendes Anden-
ken bewahrt ihm
O. v. Typographia-
Schwerin. 1360

Abzieher zwei Jahre Praxis,
ledig, gleich wohin.
Ders. wohl auch in Monotyp-
setzbehandlung u. Umschmelzen
Beschäft. Eintritt kann sofort
erfolgen. 1338
K. Brunner, Nürnberg,
Erdlung 1, Sandgrube 2.

Am 8. September ver-
starb unser lieber Kol-
lege, der Maschinen-
setzer 1358

Richard Quass

aus Großsch, im Alter
von 43 Jahren.
Ein ehrendes Anden-
ken bewahrt ihm
die Kollegen der Firma
Postsch & Trepte,
Leipzig.

Armband-Kleinsternapf
Bester Schutz gegen Haut-
entzündung durch zu scharfen
Reibter. Max Volgt, Leipzig-
Stötteritz, Poppenmühlstr. 6 II.
Preisliste frei. 1341

Am 8. September ver-
starb unser lieber Kol-
lege, der Maschinen-
setzer 1358

Richard Quass

aus Großsch, im Alter
von 43 Jahren.
Ein ehrendes Anden-
ken bewahrt ihm
die Kollegen der Firma
Postsch & Trepte,
Leipzig.

**Kalkulationsunterr., Fern-
K. unterricht, erl. P. Major,
Goldsberg 1. O., Radwitzer
Chauffee 50a. Anfr. Rückp. beif.**

**Leinwandtragwalzen
Werkzeuge für Drucker** Verlag
des
Bildungsverb. der Deutsch. Buchdr.,
Leipzig, Salomonstraße 8.

Jhre
Gesundheit, Leistungsfähigk.,
Fortkommen u. Lebensfreude
verbessern Sie unbedingt durch
d. praktischen Lehren d. Buches:
„Erfolgreich aus eign. Kraft“.
Neue Auflage. 2,60 M. bei
Voreinf., Nachn. 30 Pf. Mehr.
Stern-Verlag, Dresden 20.
Postfach Dresden 207 04.

Am 2. September ver-
starb infolge Schlag-
anfalls unser lieber Kol-
lege, der Geigerwalde
1367

Wilhelm Hensen

aus Neuh, im Alter von
70 Jahren.
Wir werden das Anden-
ken des Verstorbenen
 stets in Ehren halten.
O. v. Düsseldorf.

Kugelnkäse
rote Kugeln 4 1/2 Pfd.
2 Stück = 9 Pfd. 4,95 M.
9 Pfd. rote Taleikase . . . 4,95 M.
9 Pfd. gelbe Nordmarkkase 4,95 M.
9 Pfd. dan. Edam. Feilkase 8,95 M.
9 Pfd. dan. Taleikase 8,95 M.
9 Pfd. dan. Schweizerk. 10,80 M.
9 Pfd. ger. Schmelzkäse 4,70 M.
9 Pfd. Schmelzkäse 3,95 M.
9 Pfd. Rot- und Leberwurst 8,95 M.
freiliebl. ab hier Nachnahme.
H. Krogmann, Marzori, Holst. Nr. 503

Am 2. September ver-
starb infolge Schlag-
anfalls unser lieber Kol-
lege, der Geigerwalde
1367

Wilhelm Hensen

aus Neuh, im Alter von
70 Jahren.
Wir werden das Anden-
ken des Verstorbenen
 stets in Ehren halten.
O. v. Düsseldorf.

**Buchdruckereibesitzer Herr
Ernst Walter Herrmann**
Mithhaber der Buchdruckerei Johannes Herrmann

Am 4. September entschlief nach langem, schwerem Leiden im besten Manne-
alter unser lieber verehrter Chef, der 1342

In dem Dahingeshiedenen verlieren wir einen Vorgesetzten von edler und ge-
rechter Gesinnung. Sein eifriges Streben und seine schlichte Lebensart werden uns
 stets ein Vorbild sein.
Sein Andenken wird in Ehren halten
Zwickau, 12. September 1925
Das Gesamtpersonal der Firma Johannes Herrmann.

Am 4. September entschlief nach langem, schwerem Leiden im besten Manne-
alter unser lieber verehrter Chef, der 1342

Verein Berliner Drucker
Wie in jedem Jahre richten wir auch in diesem Herbst
eine Reihe von 1319

**Apparatelehrcursen
für sämtliche Systeme**
ein. Am Montag, dem 14. September, abends 8 Uhr,
findet eine Versammlung aller Teilnehmer im „Gra-
phischen Vereinshaus“, Alexandrinenstraße 44, statt, in wel-
cher Kollege W. Nagel einen

Einführungsvortrag
halten wird, Aufnahmen entgegengenommen werden und die
Verteilung der Schüler auf die einzelnen Betriebe erfolgt.
Die Teilnahme an den Kursen ist kostenlos.
Wir bitten die Vertrauensleute, sämtliche Kollegen und
Bekannteten im vierten Lehrjahre auf diese Gelegenheit zur Er-
weiterung ihres technischen Könnens aufmerksam zu machen.
Schriftliche oder mündliche Anmeldungen unter Angabe
genauer Adresse und des gewünschten Apparatsystems nehmen
bis zum 17. September außerdem noch entgegen die Kol-
legen H. Pöschmann, Berlin SO 16, Maybachufer 61,
R. Daggel, Schöneberg, Feuerstraße 8, D. Zwicker,
Berlin O 34, Kopenikusstraße 4, W. Dreifelder,
Berlin N 31, Bernauer Straße 108. Der Vorstand.

ESPERANTO
kta kolego estas preta helpi Jo lertekurso (laŭ
Hegewald) korektanto la eventualo alseni-
otajn lecionojn. 1329
La adresaro de la korektoj estas pre-
senta en la „Korr.“
Typografia Esperanto-Grupo, Leipzig,
„Volkhaus“, Zeltzer Straße 32.

Aktidenzseher
für in allen Sagarbeiten, flott und sicher, sowie 1300
Werkmetzeure
und
Typographseher

für sofort und dauernd gesucht. Off. Offerten erbeten an
Julius Behl, Langensalza.

**Echtiger
hebräischer Seher**
für Dauerstellung gesucht. 1348
Dr. D. Jink, Berlin-Wilmersdorf,
Günkelstraße 44.

**Flotter
Aktidenzseher**
selbständige Kraft, im Entwurf und Satz gleich tüchtig, in
Dauerstellung gesucht. 1334
Angebote unter Beischickung von Zeugnisabschriften
und Angabe der Lohnforderung erbeten.
„Damberger Tagblatt“, Damburg.

**Echtiger
Schweizerdegen**
mit Flachstereotypie und Plattenruck vertraut, zum 20. Sep-
tember oder etwas später eventuell für dauernd gesucht.
333
„Warener Zeitung“, Waren i. Meckl.

für angenehme Dauerstellung suchen wir durchaus
tüchtigen 1268

Monotypegieher
mit längerer Praxis, der die Gewähr für einwandfreien Satz
bietet und über gute Maschinenkenntnisse verfügt. Angebote
mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen an
Petersche Hofbuchdruckerei, Altenburg (Ehr.).

Junger tüchtiger Drucker
für Werk- und Zeitschriftendruck gesucht. 1302
Buchdruckerei D. Meyerheim,
Brandenburg (Havel).

Galvanoplastiker
tüchtiger Präger, der Lust hat, sich in Viel- und Celluloid-
prägung auszubilden, in dauernde Stellung gesucht. 1331
E. Schwarz vorm. Emil Hauck, Leipzig,
Reubnerstraße 11.

Junger ordentlicher Schriftseher
der sich im modernen Aktidenzsatz weiter ausbilden möchte,
sucht sofort Stellung.
Off. Angebote unter Nr. 333 an die Geschäftsstelle des
„Korr.“, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Ordentlicher Schriftseher
in ungekündigter Stellung, bewandert im Aktidenz-, Anzeigen-
und galten Setzungsatz, sucht Stellung wo Gelegenheit
zur Weiterbildung bzw. Anerkennung an der Linotypsetz-
maschine geboten wird. Bevorzugt wird Setzungsarbeit.
Off. Offerten mit Angabe näherer Bedingungen bis
einschl. 14. September unter A. L. 336 an die Geschäftsstelle
des „Korr.“, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Junger vorwärtstrebender Schriftseher
(Aktidenz, Zeitung und Rund- u. Flachstereotypie) sucht Stell-
ung wo ihm die Gelegenb. geboten, Gehaltsfrage (Vintypen) zu erst.
Wertige Offerten unter Nr. 350 an die Geschäftsstelle des
„Korr.“, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

**Jüngerer vorwärtstrebender
Zeitungs- und Aktidenzseher**
sucht per 1. Oktober angenehme Dauerstellung. Kenntnis
des Franz., Engl., Esperanto usw. Lokalverächterst. könnte
übernommen werden. Dienstloster wird nur auf Stadt Sachsens.
Aue erstliche Offerten unter „Wolfs 296“ an die Ge-
schäftsstelle d. „Korr.“, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Buchdruckfachmann
30 Jahre alt, ledig, mit guten Maschinenkenntnissen für Be-
arbeitung und Durchführung der Druckaufträge, Berechnung
und Offertenabgabe, wünscht sich in selbständ. Posten zu veränd.
Offerten unter Nr. 349 an die Geschäftsstelle des „Korr.“,
Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Maschinenmeister
bewandert an Schnellpresse (in Vlaton, Werk und Aktidenz)
Tegel, Rotation und in der Stereotypie, sucht Stellung.
Angebote unter Nr. 339 an die Geschäftsstelle des „Korr.“,
Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Aktidenzseher (Schweizerd.)
verh., 34 J. alt, vielseitig, tücht.
Kraft, altsegar., perfekt auch
i. Gestell. von farbigen Bild-
tafeln u. Trauerkarten sowie
Stanzformen (amerik. System),
Entwurf, Kalkul., Korrektur-
lesen, sucht auswärtsreichen,
selbständigen Dauerposten.
West. Off. mit Vohnung, an
Artur Falta, Zell,
Eichgrabenstraße 6.

Maschinenmeister
Anzüge, blau Sausch, Röper
und Dress 10 M., bei Ver-
stellung bitte Bestimmung aus-
zugeben. A. Siegl, Mühlhagen 9,
Kolumbusstraße 1.